

Deutschland-Düsseldorf: Unternehmens- und Managementberatung und zugehörige Dienste
OJ S 232/2020 27/11/2020
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: NRW.Bank AöR
Postanschrift: Kavalleriestraße 22
Ort: Düsseldorf
NUTS-Code: DEA11 Düsseldorf, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 40213
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Einkauf
E-Mail: einkauf@nrwbank.de
Telefon: +49 21191741-1397
Fax: +49 21191741-1746
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.nrwbank.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYH5D5RG/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYH5D5RG>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Wirtschaft und Finanzen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Rahmenvereinbarung Beraterleistungen Organisation & IT Governance — Los 3 —
Bankaufsichtliche Anforderungen
Referenznummer der Bekanntmachung: 324-101-79520-03

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

79400000 Unternehmens- und Managementberatung und zugehörige Dienste

II.1.3.

Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Rahmenvereinbarung Beratungsleistungen Organisation & IT Governance — Los 3
Bankaufsichtliche Anforderungen.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

79410000 Unternehmens- und Managementberatung, 79411000 Allgemeine Managementberatung, 72224000 Beratung im Bereich Projektleitung, 72221000 Beratung im Bereich Unternehmensanalyse, 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung, 79430000 Krisenmanagement, 79996000 Unternehmensorganisation, 72222000 Strategische Prüfung und Planung im Bereich Informationssysteme oder -technologie, 72222200 Planung von Informationssystemen oder -technologie, 72223000 Prüfung von Informationstechnologianforderungen, 72224100 Planung im Bereich Systemimplementierung, 72224200 Planung im Bereich Systemqualitätssicherung, 72225000 Bewertung und Prüfung der Systemqualitätssicherung, 72222300 Informationstechnologiedienste, 72266000 Software-Beratung, 72246000 Systemberatung, 72240000 Systemanalyse und Programmierung, 72254100 Systemprüfung, 72220000 Systemberatung und technische Beratung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA11 Düsseldorf, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: NRW.BANK AöR Kavalleriestraße 22 40213 Düsseldorf NRW.BANK AöR Friedrichstraße 1 48145 Münster

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Auftragsgegenstand ist eine Rahmenvereinbarung über Beratungsdienstleistungen zur Unterstützung der Projektarbeit der Abteilung Organisation und IT Governance der NRW.Bank. Hierbei geht es im Wesentlichen um Projekte und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bankorganisation. Die Bandbreite der einzelnen Projektthemen variiert und erstreckt sich u. a. auf die Bereiche der Organisation und Reorganisation, der Bankenaufsicht, der Digitalisierung und des Prozessmanagements. Die erforderlichen externen Unterstützungsleistungen der Projektarbeit umfassen beispielsweise die Durchführung relevanter Analysen, die Entwicklung von Konzepten und Lösungsvorschlägen oder die Erstellung von Dokumentationen für Schulungen oder IT-Umsetzungen.

Die Rahmenvereinbarung besteht aus 5 Losen, die aus technischen Gründen jeweils gesondert im elektronischen Vergabeportal veröffentlicht werden. Jedes Los ist mit bis zu 6 Unternehmen besetzt. Jedes Unternehmen darf jeweils bis zu 3 Berater anbieten. Die Vergabe der Einzelaufträge innerhalb der Lose (Dienstleistungen) erfolgt im Rahmen von Miniwettbewerben.

Die Rahmenvereinbarung verleiht keine Exklusivität und begründet keinen Anspruch auf Abruf einer bestimmten Jahresmenge. Eine Mindestabnahmegrenze wird nicht zugesagt. Die Höchstabnahmegrenze liegt für jedes Los Lose jeweils bei einem Nettobehonorarvolumen in Höhe von 900 000 EUR netto.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualität (Konzept und Lebensläufe) / Gewichtung: 70 %

Preis - Gewichtung: 30 %

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Die Rahmenvereinbarung verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht 3 Monate vor Ablauf von einer Partei schriftlich gekündigt wird, höchstens jedoch auf einen Zeitraum von insgesamt 4 Jahren. Eine Verlängerung über den Geltungszeitraum von 4 Jahren hinaus ist ausgeschlossen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Bieter müssen je nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem sie niedergelassen sind, entweder die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staats oder auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachweisen (bei Bietergemeinschaften vorzulegen für jedes Mitglied). Der Nachweis darf nicht älter als 12 Monate ab Auftragsbekanntmachung sein.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung für das Leistungsbild des ausgeschriebenen Auftrages (bei Bietergemeinschaften vorzulegen für jedes Mitglied) durch Vorlage einer Bestätigung der Versicherung zumindest in Kopie (nicht älter als 12 Monate).
2. Erklärung über den Gesamtumsatz und den tätigkeitsspezifischen Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre (bei Bietergemeinschaft anzugeben für jedes Mitglied). Hierfür ist der Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung zu verwenden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu (1.): Mindestdeckungssummen der Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung für Personen- und Sachschäden 2,0 Mio. EUR und Vermögensschäden 0,2 Mio. EUR (mindestens zweifach maximiert pro Jahr).

Zu (2.): Es wird für Einzelbieter bzw. sämtliche Mitglieder eine Bietergemeinschaft zusammen ein tätigkeitsspezifischer Mindestjahresumsatz pro Geschäftsjahr in folgender Höhe verlangt: 250 000 EUR.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweis geeigneter Referenzen über früher ausgeführte Aufträge in den letzten höchstens 3 Jahren vor Auftragsbekanntmachung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Verlangt werden mindestens 3 geeignete Referenzen. Jede Referenz ist mit ihrem Empfänger /Auftraggeber (mit namentlich bezeichnetem Ansprechpartner sowie dessen Telefonnummer oder E-Mail-Anschrift), der im Rahmen des Auftrags erbrachten Anzahl an Personentagen sowie ihrem Erbringungszeitraum anzugeben. Der Erbringungszeitraum (Referenzzeitraum) muss in den letzten höchstens 3 Jahren vor Auftragsbekanntmachung liegen. Für diese Angaben ist der Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung zu verwenden. Die Referenzerläuterung kann bei Bedarf auf Beiblättern zum Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung erfolgen.

Die erforderliche Erläuterung der angegebenen Referenzen hat im Hinblick auf die folgenden Anforderungen zu erfolgen, die zugleich weitere Mindestbedingungen darstellen:

Los 3:

— Beratung im Bereich Bankenaufsichtsrechtliche Anforderungen, mit den folgenden Schwerpunkten:

— Auslagerungsmanagement, z. B. Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung regulatorischer Anforderungen, insbes. aus KWG, MaRisk, BAIT, SREP, EBA-Guideline on Outsourcing Arrangements,

— Dabei Einbringen fundierter Kenntnisse zu Marktstandards,

— Aufsichtsrecht im Bankenumfeld, z. B. Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung regulatorischer Anforderungen, insbesondere KWG, MaRisk, BAIT, SREP, einschlägige EBA-Guidelines.

— Im Bereich Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen i. S. v. § 1 des Gesetzes über das Kreditwesen oder vergleichbar,

— Mindestens 40 Personentage pro Projekt im geforderten Referenzzeitraum.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern
Geplante Höchstanzahl an Beteiligten an der Rahmenvereinbarung: 6

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 28/12/2020 Ortszeit: 10:00

- IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**
Deutsch
- IV.2.6. Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 28/02/2020
- IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote**
Tag: 28/12/2020 Ortszeit: 10:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Zum Nachweis, dass keine Ausschlussgründe vorliegen, ist die Eigenerklärung zum Ausschluss von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB gemäß Vordruck 04:

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben (bei Bietergemeinschaften vorzulegen für jedes Mitglied).

Bekanntmachungs-ID: CXPNYH5D5RG

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland C/O Bezirksregierung Köln

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

§ 160 GWB:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein,

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht,

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

§ 161 GWB:

(1) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein Bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangs bevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen,

(2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

23/11/2020